Posener Zeitung.

№ 253. Sonntag den 29. Oktober. 1848.

Inland.

Berlin, den 27. Okt. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberförster Gebauer zu Warnicken, Regierungsbezirk Königsberg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Ober-Auditeur, Geheimen Justizrath Fleck, vom General-Auditoriat, zum Geheimen Kriegsrath und Rath dritter Klasse im Kriegsministerium mit der Anciennetät vom 26. Nov. 1846 zu ernennen; und dem Land- und Stadtgerichts-Assessor Schulze zu Schwetz den Charakter als Land- und Stadtgerichts-Rath zu verleihen.

---

§§ **Posen**, den 28. Oktober.

Möglich, daß dem Eigenkäthner Riebe, demselben, der bei der Abstimmung am 23. Okt. dreimal über seine eigene Zungenspitze stolperte, und taumelnd vom Ja zum Nein und vom Nein zum Ja hinübersprang, möglich, daß dem bescheidenen Mann auch einmal die leicht verzeihliche Lust in den Sinn kam, seinen Namen auf die Nachwelt zu bringen, daß der schlichte pommersche Landmann, neidisch auf so manche seiner Kollegen, die dem Urtheilsspruch der Geschichte bereits verfallen sind, urplötzlich die ihm vom Zufall angewiesene Bedeutung erkannte und die Gelegenheit sich zu verewigen geschickt zu benutzen verstand. Und in der That ist dem Mann, was er erstrebte, seltsam geglückt: der Griffel der Geschichte verzeichnet eben bereits jene ewig denkwürdige Berliner Sitzung vom 23. Oktober mit ihren Antecendentien und ihrem Postludium, mit der Debatte und der Abstimmung, den Kaplänen Richter und v. Berg und dem Eigenkäthner Riebe, mit der dreimal denkwürdigen Majoritätenbildung, sie verzeichnet der Demento, das sich diese Kammer zu ihrem Votum vom September gab, den Bruch mit dem Frankfurter Parlament, hervorgerufen von derselben Partei, der früher jede nicht unbedingte Unterwerfung unter einen Frankfurter Beschluß für Hochverrath galt und das allgegenwärtige Auge der Geschichte, dem auch hinter die Coulissen im Saale des Schauspielhauses zu sehen gestattet war, hat da gewiß noch Manches entdeckt, was dem menschlichen Auge verloren ging. Wir aber täuschen uns keinen Augenblick und erkennen jener Abstimmung auch gern die von ihr hervorgebrachten wohlthätigen Folgen zu; denn das in diesen Tagen so mächtig erregte Bewußtsein der Deutschen in der Provinz ist einzig Resultat jenes Berliner Beschlusses, und wir gestehen es offen, wir messen diesem viel weniger Bedeutung bei, als der mittelbaren moralischen Kräftigung, dem mächtigen nationalen Aufschwung, den er in der deutschen Bevölkerung der Provinz hervorgerufen hat. Die Posener Deutschen haben insgesammt erkannt, daß es jetzt wieder gilt, ihre zu Füßen getretene Rechte zu wahren, sie sind erwacht von dem Schlummer, in den man sie sorglos eingewiegt hatte, nnd erinnern sich mit freudiger Wehmuth jener kaum verstrichenen Monate, wo sie den Sieg errungen gegen die Treulosigkeit ihrer Gegner, wo sie Gut und Blut gewagt hatten an das hohe Ziel der Erhaltung des deutschen Volksthums, sie erinnern sich an jenen Todesmuth, der uns damals beseelte, an die heldenmüthigen Kämpfer, die für die Freiheit ins Grab stiegen, an die ganze mühevoll schwere Zeit und an den Erfolg, der die Anstrengungen endlich krönte. Wer den Eindruck jenes vorgestern an die Straßenecken angehefteten Protestes auf die umstehenden Lesergruppen erkannte, wer die Betheiligung bei der an die Landes-Versammlung zu erlassenden Adresse gesehen hat, wer die Aufnahme des Berliner Beschlusses in den West- und Nordtheilen der Provinz kennt, dem wird aufs Neue klar geworden sein die innere Energie, die Mächtigkeit und das Nationalitäts-Bewußtsein des deutschen Volks in unserer Provinz, das seine gerechten Ansprüche an Deutschland aufzugeben für alle Ewigkeit nicht gesonnen ist.

Wohl fehlte den hiesigen Deutschen in der jüngsten Zeit die Vertretung in der öffentlichen Stimme; jene mächtige Stütze, die ihnen die vaterländische Presse in den Tagen des Mai und Juni gewährte, mangelte ihnen vollständig, vielleicht weil die Sache Deutschlands hier als eine geordnete betrachtet wurde, und bei allem Mißtrauen gen die Berliner Versammlung, man sich zu ihr eines so planlosen Schritts niemals versehen konnte. Wer durfte auch bei der Klarheit und Bestimmtheit des Frankfurter Beschlusses vom 27. Juli etwas Anderes erwarten, als daß ihm Genüge geschehen würde, wer konnte glauben, daß man sich die Posener Deutschen zu einem Spiel ausersehen, daß ihre heiligsten Interessen aufs Schonungsloseste verletzt werden würden, kaum daß sie mit heldenmüthiger Aufopferung sich dieselben siegreich gewahrt hatten. Nur die vollendete Unkenntniß der hiesigen Verhältnisse, die einen Theil der Berliner Versammlung charakterisirt, nur die ausgesprochene Widersetzlichkeit gegen Frankfurt eines anderen Theils des Berliner Hauses, jener Fraktion, die jetzt offen den Plan einer Spaltung des deutschen Volks verfolgt, nur solchen Umständen ist jener Beschluß zuzuschreiben, der möglicherweise den kaum gelöschten Feuerbrand in die Provinz wirft, und die schwere Schuld tragen dann allein diejenigen, die ihn leichtsinnig geworfen.

Die Nachrichten über die erneute Abstimmung des Phillips'schen Amendements vom 26. d. bestätigen nur die Ansicht, die wir über die Berechtigung wie über die Befähigung der Berliner Versammlung zum Urtheil in dieser bereits endgültig in Frankfurt entschiedenen Sache ausgesprochen haben. Ueber die Vorgänge in dem preußischen Reichstag am 26. d. hängen wir schon um deswillen den Mantel der Scham, weil ihn die Versammlung in einem Gefühl der Schande selbst überhängen will.

Wir sprechen es also nochmals offen aus, was in der deutschen Bevölkerung Posens in diesen Tagen schon zum vollen Bewußtsein gekommen ist, daß der Beschluß der Berliner Versammlung ohne jeden Einfluß bleibt auf die Bestimmungen, die das Frankfurter National-Parlament am 27. Juli c. durch Einverleibung der deutschen Theile Posens in Deutschland getroffen hat. Noch ist es Zeit, jenen Widerspruch des Berliner Beschlusses zu heben: daß von Frankfurt aus mit aller Entschiedenheit auf der Festsetzung vom 27. Juli bestanden werden wird, wird hoffentlich schon die nächste Woche lehren. Die Deutsch-Posener aber werden den Muth haben, Allem zu wiederstehen, wodurch ihre Zugehörigkeit zu Deutschland in Frage gestellt wird; für sie gilt diesmal sogar das „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo."

---

* **Posen**, den 28. Okt. Kaum sind zwei Tage verflossen, seit dem Bekanntwerden des am 23. d. M. in der Nationalversammlung zu Berlin gefaßten Beschlusses, und schon ist die Deutsche Bevölkerung der hiesigen Stadt in allen ihren Theilen und Schichten, gleichviel welchem Alter, welchem Stande, welcher Confession, welcher politischen Richtung sie angehören, durchdrungen von dem klarsten Bewußtsein über die Gefahren, die aus jenem Beschlusse der Deutschen Sache in hiesiger Provinz erwachsen. Seitdem durch den Frankfurter Spruch vom 27. Juli die Einverleibung Westposens in Deutschland festgesetzt worden, hatte nach erreichtem Ziele die Spannkraft der Deutschen, wie es schien, nachzulassen begonnen. Man überließ sich ruhig dem Gefühl der Sicherheit, kümmerte sich wenig um die Machinationen der Gegenpartei, da man stark durch die in Frankfurt erfochtene Anerkennung des guten Rechts jedem Gegner mit spielender Leichtigkeit die Waffe aus der Hand schlagen zu können vertraute. Daß von Seiten der Preußischen Nationalversammlung, die vor wenigen Wochen noch ausdrücklich in allen Fragen von rein Deutschem Interesse sich an die Verordnungen des Frankfurter Parlaments unbedingt gebunden erklärte, daß von Seiten derer, die also berufen waren unserm Deutschthum, wo es dessen bedürfte, Stab und Stütze zu gewähren, daß von dieser Seite her uns hinterrücks würden Gruben gegraben und Fallen gestellt werden, darauf war man hier nicht gefaßt, dahin hatte die bedächtigste Vorsicht ihre Sorgen nicht gerichtet. Und doch ist es geschehen, wir sind von der Versammlung im Concertsaal in Stich gelassen, preisgegeben, ja daß wir es geradezu aussprechen, wir 500,000 Deutschen Hüter der östlichen Grenzmark sind an das Slaventhum, an den Erbfeind des theuren Deutschen Namens mit kaltem Blute verrathen worden. Aber nein; wir sind es noch nicht! Von der boshaften Absicht bis zur vollendeten That ist noch ein weiter Weg. Zerknickte auch das Rohr, an das wir uns vertrauensvoll lehnen zu können vermeinten, so stürzen wir darum doch nicht. Wir stehen allenfalls auch auf eigenen Füßen; uns trägt der feste, unverwüstliche Boden unseres guten Rechts. Thut es nicht die Preußische Nationalversammlung so breitet Deutschland seinen mächtigen Schirm über uns; und die Schildhalter in Frankfurt werden den Weckerruf ertönen lassen durch alle Deutschen Lande zum Schuetz der mit Verkümmerung bedrohten Rechte eines seiner Glieder. Diese Stimmung ist es, von der einmüthig die ganze Deutsche Bevölkerung unserer Stadt sich beseelt fühlt. In ähnlichem Sinn wird uns aus den kleinern Städten der Provinz berichtet; überall ist die momentan eingetretene Erschlaffung dem kräftigsten Aufschwung gewichen. Dieselbe Elasticität, welche im März und April die gesammte Deutsche Bewohnerschaft der Provinz plötzlich emporschnellte und dem feindlichen Anprall einen harten Widerstand entgegenzustellen befähigte, dieselbe Federkraft, dieselbe Rührigkeit ist wieder da, und man wird sich arg getäuscht sehen, wenn man etwa der Hoffnung Raum gab, uns so leise, lose beschleichen und unserer Errungenschaft entkleiden zu können. Wer die Physiognomie unserer gestrigen und vorgestrigen Volksversammlung beobachtete, mußte die Ueberzeugung davon tragen, daß hier auf dem Grenzposten Deutscher Civilisation eine Bevölkerung zusammenstehe, gesonnen und entschlossen, an Alles Alles daran zu setzen.

* **Posen**, den 28. Okt. Die Boscokünste, durch welche in der Berliner Parlamentsverhandlung vom 23. eine so glorreiche Abstimmung erzielt worden, sind uns zwar nicht sämmtlich enthüllt. Was z. B. die liebe Einfalt des Herrn Riebe bewogen haben mochte, von seinem zweiten „aufgeklärten" Votum abzuspringen und das erste für allein gültig zu erklären, darüber sind *wir freilich* nur auf unsichere Vermuthungen hingewiesen, wenn wir nicht in *dem von* mehreren Seiten her berichteten Umstand, daß Herr Riebe urplötzlich *zur Linken* übergegangen, den handgreiflichen Beleg für die gegen den armen Tropf *losgelassene* Einschüchterung erkennen wollen. Auf ein anderes Kabinetstückchen von Seiten unserer Gegner sind wir beim Durchlesen der stenographischen Berichte *aufmerksam* geworden. Dort wird unter den Urlaubsertheilungen auch des *Abgeordneten* Mätze Erwähnung gethan, der durch Unwohlsein noch abgehalten wäre, dieser Sitzung beizuwohnen; und doch finden wir bei der namentlichen Abstimmung das Votum des Herrn Mätze mit aufgeführt, natürlich in *einem* unsern Interessen zuwiderlaufenden Sinne, da unsere Angelegenheit sich niemals der Sympathie dieses Herrn zu erfreuen hatte. Wir dringen auf die Untersuchung dieses Widerspruchs; denn bei einem so delicaten Scrutinium, wo eine einzige verirrte Seele den Ausschlag zu geben vermochte, kämen uns die Kopfschmerzen des Herrn Mätze sehr gelegen.

* **Obornik** den 26. Oktober. So eben kommen wir von dem Begräbniß des Herrn Probstes Januszewski, eines Mannes, der geachtet von allen Confessionen eine Reihe von Jahren segensreich seinem Amte in hiesiger Stadt vorstand. Er war ein Opfer der Cholera geworden. Wie sehr er von Allen geliebt und geachtet wurde, das sahen wir heute; Polen und Deutsche in großer Zahl begleiteten ihn auf seinem letzten Wege. An seinem Grabe sprach der Probst und Dekan aus Lukowo Worte der Anerkennung seiner Verdienste, dann trat der evangelische Prediger des Ortes auch auf, um in seinem und seiner Pfarr-Gemeinde Namen die für den Verstorbenen gehegte Achtung und Liebe zu bezeugen. Beide Trauer-Reden wurden von der sehr zahlreichen Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit und Andacht angehört, und schienen na-

mentlich durch ihren versöhnlichen Charakter einen wohlthuenden Eindruck zu machen; doch mit Bedauern wurde bemerkt, daß, als der evangelische Geistliche — obwohl mit ausdrücklicher Genehmigung der katholischen Mitgeistlichen — auftrat, sich die anwesenden polnischen Edelleute entfernten.

△ Berlin, 24. Okt. Wenn irgend ein Tag im Stande ist, uns an das Bedürfniß deutscher Einheit zu mahnen, so ist es der 24. Oktober, der Tag, an welchem vor 2 Jahrhunderten der Westphälische Frieden abgeschlossen wurde. Dreißig Jahre hindurch hatte Deutschland in argem Bürgerkriege sich zerfleischt, es wurde endlich der heiß ersehnte Friede geschlossen und wenigstens äußerlich die deutsche Einigkeit gewonnen. Das Jahr 1648 wurde nicht blos für Deutschland, sondern für ganz Europa von nachwirkender Bedeutung auf anderthalb Jahrhundert hinaus. Und das Jahr 1848, es soll die damals gewonnene äußere Einigkeit zu innerer Eintracht und Einheit verhelfen, Deutschland zu der Höhe heben die ihm gebührt und somit noch tiefer einschneiden in die Geschichte Europa's als das Jahr 1648 es vermocht hat. Aber sind die Aussichten dazu so ungetrübt? Ist überall das rechte Mittel ergriffen und der richtige Weg eingeschlagen? — Was haben wir gehabt? Was haben wir jetzt? Was wollen wir haben? Die Beantwortung dieser Fragen giebt Antwort auf die erste große Frage.

Was haben wir gehabt an deutscher Einheit? Zunächst, wie Metternich von Italien sagte, einen „geographischen Namen." Das war eins der wesentlichsten Momente deutscher Einheit. Dabei aber 38 einzelne Staaten und Regierungen; und Verschiedenheit des Zoll- und Steuersystems in Oestreich, im preußischen Zollverein, im hannöverschen Steuerverein, in den Hansestädten; und Verschiedenheit im Münzsystem in Oestreich, in Süddeutschland, in Preußen, in Hannover, in Meklenburg und in den Hansestädten; und Verschiedenheit in den Maßen und Gewichten in fast einem jeden der 38 deutschen Staaten; und Verschiedenheit in Gesetz- und Rechtspflege wiederum in fast jedem der 38 deutschen Staaten, ja innerhalb einzelner dieser Staaten selber; und Verschiedenheit in den kirchlichen Verhältnissen abermals fast in einem jeden dieser 38 Staaten; und Verschiedenheit in dem Bildungswesen in gleicher Weise, Verschiedenheit in Vertretung nach außen hin; genug, Verschiedenheit in den wesentlichsten Lebensbedingungen so wie Zerstückelung Deutschlands, so daß Theile des deutschen Vaterlandes anderen Staaten zugehören.

Und was haben wir jetzt an deutscher Einheit? Wir haben statt der 38 Regierungen jetzt 39. Im Uebrigen haben wir die lebhaftesten Wünsche, die vorhergenannten Verschiedenheiten zu beseitigen, auch Hoffnung, daß einige dieser Wünsche der Erfüllung entgegen sehen., namentlich solche, die auf Uebereinstimmung in Münzen, Maßen und Gewichten hinausgehen.

Was wollen wir haben an deutscher Einheit? Zunächst gewiß nicht eine Vermehrung der Zahl der Regierungen, also gewiß nicht 39 statt 38. Es ist die Ernennung einer neuen, außerhalb der alten stehenden Regierung gewiß die unzweckmäßigste Maßregel zur Erreichung deutscher Einheit. Es wird eine solche rein in der Luft schwebende Centralgewalt eine wirkliche Gewalt sein nur in den Momenten allgemeinster Begeisterung, auf die Dauer aber muß sie eine schlechte Copie werden von den zahlreichen Schattenkaisern, von denen die deutsche Geschichte so manches traurige Lied zu singen weiß. Für die Staatsform kann die deutsche Einheit nicht gewonnen werden, wenn ein land- und machtloser Fürst über 38 Regierungen regieren soll, die wenigstens zum Theil noch eine sehr imposante Macht zur selbstständigen Verfügung haben. Mag man einem solchen Oberhaupte auch den ehrwürdigen kaiserlichen Purpur umhängen, seine Krone wird eitel Rauschgold sein; er wird im Innern des Reiches als eine willenlose Gliederpuppe erscheinen, deren Drähte der land- und darum machtbesitzende erste Vasall mit fester kunstgeübter Hand nach Belieben spielen läßt; er wird nach Außen nur als ein bunt ausstaffirter Knecht Ruprecht erscheinen, der dem abergläubischen Kinde wohl Furcht einjagt, nicht dem Schein und Sein leicht unterscheidenden Manne.

Ein Oberhaupt ohne eigenen Landbesitz ist zwar auch in Deutschland auf die Dauer möglich, aber nur in dem einen Falle, daß ein solches Oberhaupt keinen landbesitzenden Fürsten unter sich hat, d. h. nur in dem Falle, daß Deutschland keine monarchischen Einzelstaaten mehr in sich schließt, sondern eine einige oder eine Föderativ-Republik bildet. Indeß trotz der Versuche Heckers und Struve's, trotz aller republikanischen Wühlereien in Wien, Breslau, Berlin, Thüringen und Schwaben, muß es doch jedem ruhig Prüfenden klar werden, daß die deutsche Nation die Republik **nicht** will.

Für die Staatsform wird die deutsche Einheit vollständig erst dann erreicht werden, wenn nicht nur die Form des Staatenbundes sondern selbst die des monarchischen Bundesstaates beseitigt ist, wenn es wirklich nur Einen Staat mit Einer Regierung bildet. Sollte die deutsche Einheit eine Wahrheit werden, so muß dieß überall als der Zielpunkt aufgestellt und alle jetzt zu treffenden Maaßregeln müssen darauf berechnet werden. Mit einem Schlage läßt sich das freilich ohne einen europäischen Brand nicht erreichen, es läßt sich vorläufig nur „anbahnen." Die einfachsten, durch die Natur der Dinge sich darbietenden Mittel pflegen auch immer die Zweckmäßigsten zu sein.

Es ist aber etwas Einfaches, das die Natur der Dinge überall gebietet und mit sich bringt, daß bei einem Zusammenwirken mehrerer Kräfte die größte Kraft den Ausschlag und die Entscheidung giebt, daß also bei einem Zusammenwirken von Staaten der mächtigste dieser Staaten die Leitung übernimmt. Es ist somit als ein durch die Natur der Dinge gegebenes Gesetz anzusehen, daß Preußen die Leitung aller deutschen Angelegenheiten übernimmt. Das ist der wahre und richtige Sinn des soviel besprochenen Wortes von dem Aufgehen Preußens in Deutschland. Die preußische Staatsgewalt übernimmt zugleich die deutsche Centralgewalt; Preußens anerkannt vorzügliches Heerwesen wird in ganz Deutschland eingeführt; Preußens in gleicher Weise anerkannt vorzügliches Unterrichtswesen wird eben so Gemeingut von ganz Deutschland; die Gesandten Preußens, der einzigen deutschen Großmacht, der Macht, die im Völkerconcerte bisher eine entscheidende Stimme gesprochen, vertreten überall die Interessen aller deutschen Landeskinder; Preußens Küste ist allein in Deutschland geeignet, auch zur See angemessene deutsche Streitkräfte zu entwickeln.

Die Uebernahme der Centralgewalt durch Preußen ist aber nur der erste Schritt zur Erreichung der deutschen Einheit. Als weitere einfache und ebenfalls durch die Natur der Dinge gebotene Mittel ergeben sich folgende.

Zunächst hören die Staaten gleichen Namens und gleicher dynastischer Familien auf, von verschiedenen Zweigen solcher Familien regiert zu werden und selbstständige Staaten zu bilden, sie verschmelzen zu Einheiten wie dieß in diesen Tagen mit Reuß schon geschehen ist. Also die Anhaltinischen Herzogthümer, deren Zahl schon jetzt von 5 auf 2 geschmolzen ist, bilden fortan nur Ein Herzogthum; die drei Staaten Hessen bilden nur Ein Hessen, und in gleicher Weise wäre es zu halten mit Lippe, Meklenburg, Hohenzollern, Schwarzburg und sämmtlichen sächsischen Staaten. Die Regierung dieser erweiterten Staaten hätte derjenige Fürst zu übernehmen, der bis dahin das relativ größte Landesgebiet besessen, also z. B. der König von Sachsen die Regierung des Gesammtsachsens, der Großherzog von Meklenburg Schwerin die Regierung von Gesammtmeklenburg u. s. f.

Ein dritter Schritt zur Erreichung der staatlichen Einheit Deutschlands wäre Mediatisirung. Die große Anzahl deutscher Duodezländchen und Staaten ist innerhalb wie außerhalb Deutschlands oft genug Gegenstand bitteren Spottes geworden. Das Bedürfniß ihrer Mediatisirung ist längst gefühlt; mehrere dieser Fürsten haben sich mit dem Gedanken der Mediatisirung auch ganz vertraut gemacht und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich willig in ein solches Loos zu fügen. So schreite man ans Werk. Die Mediatisirung muß ausgeführt werden, a) sogleich für alle diejenigen Einzelstaaten, in denen Fürst und Volk übereinstimmend ihre Bereitwilligkeit zur Mediatisirung erklären; b) für alle Herzogthümer und Fürstenthümer bei der nächsten Thronerledigung; c) für die vier Republiken Frankfurt, Hamburg, Bremen und Lübek in kürzerer noch zu bestimmender Zeit.

So würden sehr bald ungefähr zwei Drittel von der großen Zahl verschwinden und nur größere Staatenmassen in Deutschland bleiben, Königreiche und Großherzogthümer, etwa ein Dutzend. Um aber die volle deutsche Einheit zu gewinnen, müßte aber auch diese Duodekarchie in eine Monarchie allmählig sich umwandeln. Dieß würde einfach und ohne Erschütterungen möglich werden durch eine neu zu bestimmende Ordnung in der Thronfolge. Zur Thronfolge wären nur berechtigt in männlicher Linie nach der Erstgeburt die gegenwärtig in jenen Einzelstaaten regierenden Familien, ohne daß für den Fall ihres Erlöschens entferntere Seitenlinien zur Thronfolge herangezogen würden. Es würde sonach z. B. in Hanover für den Fall, daß der Kronprinz und seine Söhne vor dem jetzt regierenden Könige stürben, bei dem Tode des Königs selbst keine Thronbesteigung Seitens eines englischen Prinzen stattfinden dürfen, sondern eine vollständige Thronerledigung eintreten und eine Mediatisirung erfolgen. Eben so wenn in Meklenburg Schwerin der jetzige Großherzog ohne männliche Erben stürbe.

Das sind die Mittel, durch welche in leichtester und kürzester Weise eine wahre politische Einheit Deutschlands ohne europäische Erschütterungen zu gewinnen ist.

Mainz, den 23. Okt. Advokat Zitz, Mitglied der Nationalversammlung und Abgeordneter der hessischen Ständekammer, forderte im Laufe der vorigen Woche die Erneuerung seines kürzlich abgelaufenen Passes. Letzterer wurde zurückbehalten und, wie ihm heute von der Polizei erklärt wurde, von der Großherzogl. Regierungskommission eingefordert (wohl zur geeigneten Vormerkung?), von dieser aber auf besondere Reklamation wieder zurückgegeben, dagegen erklärt, daß die Ausfertigung eines neuen Passes wegen einer von dem Untersuchungsamte zu Frankfurt geschehenen Einsprache unstatthaft sei.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 23. Okt. Nationalversammlung. Sitzung vom 23. Okt. Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Nach Verlesung des Protokolls mehrere Urlaubsgesuche. Lamoricière ist auf seinem Platze. An der Tagesordnung ist die Verfassungs-Debatte, die sich ihrem Schlusse nähert. Art. 113.: „Die Ehrenlegion ist beibehalten; ihre Statuten sind mit der Verfassung in Einklang zu bringen." Bertho schlägt vor, nur die Nationalversammlung solle die Ordensverleihungen aussprechen. Dann werde dem Unfug vorgebeugt. Dieser Antrag wird verworfen und der Artikel angenommen. Art. 114.: „Algerien und die Kolonieen werden zum Französischen Gebiet erklärt, jedoch so lange durch besondere Gesetze regiert, bis eine Spezialgesetzgebung sie definitiv dem allgemeinen Französischen Recht unterwirft. Henri Didier will die neue Verfassung sofort auf Algerien und die Kolonieen ausgedehnt wissen, schon um der neuen Kolonisten willen. Dupin der Aeltere verbürgt seine ganze Autorität für die gute Administrativpflege der neuen Kolonisten, bekämpft jedoch den Antrag als unzulässig für die Algierischen Verhältnisse. Artikel 114. wird angenommen. Artikel 115., vom Modus der Verfassungs-Revision handelnd, schließt also: „Der Wunsch der National-Versammlung, die Verfassung zu revidiren, kann erst nach dreien Deliberationen, in Zwischenräumen von einem Monat und zu drei Viertheilen Stimmenmehrheit in wirklichen Beschluß gestaltet werden. Die Revisions-Kammer soll nur für 3 Monate ernannt werden." Dabeaux wünscht den Zusatz: Bei der Revision müsse die Zahl der Stimmenden mindestens 500 betragen. Wird verworfen. Artikel 116., 117. und 118., die transitorischen Bestimmungen betreffend, geben zu wenig erheblichen Debatten Veranlassung. Stourm meint, Art. 116. sei etwas zweideutig; er schließt: „Alle gesetzlichen Bestimmungen, die der Verfassung nicht widersprechen, behalten Rechtskraft." Das sei zweideutig und habe sich 1815 fürchterlich gerächt. Dupin der Aeltere erwiedert, ein solcher Streit sei nicht wieder möglich. Damals habe es sich um Königliche Prärogativen gehandelt. Die übrigen beiden Artikel werden ohne Weiteres genehmigt. Bei Artikel 119. nimmt Duquien das Wort und erklärt, daß das Ministerium in Verbindung mit der Verfassungs-Kommission morgen eine neue Fassung mit dem nöthigen Dekrets-Entwurfe vorlegen werde. Dieser Artikel handelt bekanntlich von der Präsidentenwahl. Man will zu Artikel 120. schreiten. Puységur eilt aber auf die Rednerbühne und will einen Nachsatz zu Artikel 119. entwickeln, der dem Volke das Veto zuspricht, indem er darauf anträgt, die neue Verfassung dem Volke vor der Präsidentenwahl zur Genehmigung vorzulegen. Dieser Antrag ruft einigen Tumult hervor. Puységur dringt auf Abstimmung darüber. Zwanzig Mitglieder unterstützen den Antrag. Man schreitet zur Ab-

stimmung durch Zettel. Zahl der Stimmenden 775; gegen den Antrag 733; für denselben 42. (Allgemeines Gelächter.) Nun soll Artikel 120, der letzte, vorgenommen werden. Dufaure trägt jedoch darauf an, denselben wegen der bereits erfolgten Suspendirung des Artikels 119. ebenfalls noch auf sich beruhen zu lassen. Dies geschieht, und die Verfassungs-Debatte wäre somit bis auf den Paragraphen über die Zeit der Präsidentenwahl beendet. Glais-Bizoin stellt den Antrag, daß sich die National-Versammlung nicht früher trenne, als bis die organischen Gesetze votirt seien. Wird angenommen. Es werden also keine einmonatlichen Ferien stattfinden. Ehe sich die Versammlung trennt, votirt sie noch einige Pensionsanträge des Finanz-Ausschusses für Beamte der ehemaligen Pairskammer. Die Sitzung wird um ¼ vor 6 Uhr geschlossen. Es hatte geheißen, zwischen dem Kriegsminister Lamoricière und dem Genrral Lebreton werde heute ein Pistolenduell stattfinden; Beide waren jedoch in der National-Versammlung.

— Die Commission, welche zur Begutachtung des Antrags des Herrn J. Favre — die Orleans'sche Privatdomäne zum Staatsgut zu schlagen — niedergesetzt war, hat ihren Bericht erstattet, dessen Verfasser Herr Berryer ist. Dieser Bericht lautet ablehnend, und stellt dann einige Anträge, um zur Liquidation zu gelangen. Einstweilen soll der Finanzminister ermächtigt werden, den verschiedenen Mitgliedern der Familie Orleans ihre Heirathsgüter, Wittwengedinge und Mobiliarwerthe, sowie die Gegenstände ihres persönlichen Gebrauchs zu verabfolgen. Nur das Grundeigenthum bleibt unter Sequester, inzwischen soll aber jedem der Betheiligten eine jährliche Unterhaltungssumme auf den Ertrag angewiesen werden. Die Schulden der Civilliste belaufen sich auf ungefähr 30 Mill. Fr. und als Gläubiger mit einer Forderung von 25 Mill. Fr. für unberechtigte Holzschläge in den Staatswaldungen tritt der Schatz auf. Der Werth der Güter der Privatdomänen ist auch jetzt noch zu 100 Mill. Fr. geschätzt, der Ertrag würde jedoch kaum hinreichen, die Zinsen der Schuld zu decken. Das Einkommen daraus wird also angegeben: Privatdomänen 3,200,000 Fr., Eigenthum der Königin 200,000 Fr., Güter der Prinzessin Adelheid 1½ Mill. Fr., zusammen 4,900,000 Fr., oder nach Abzug der Verwaltungskosten ungefähr 3 Mill. Fr. Die Privatgüter des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville sind hier nicht eingerechnet.

Großbritannien und Irland.

London, den 20. Oktober. Die große Friedensgesellschaft, welche kürzlich in Brüssel tagte, wird bald sich hier vereinen und durch Abgeordnete dem Premierminister die beschlossene, an die Regierungen Europas und Amerikas gerichtete Denkschrift überreichen.

— Die Schulden des Herzogs v. Buckingham dessen Landsitz. Stowe kürzlich verkauft werden mußte, betragen 1,800,000 Pfd. Ster. (12½ Million Thaler) und es werden dem ersten Verkaufe noch andere folgen. Die Gattin des verschuldeten Herzogs hat übrigens ein Sonder-Einkommen von 15,000 und der Sohn von 16,000 Pfd. Ster. (112,000 Thlr.) jährlich.

Italien.

Rom, den 11 Okt. Die Eisenbahn, welche in der Richtung nach Neapel projektirt ist, soll wirklich allernächst, vielleicht sogar schon nächsten Monat in Angriff genommen und vorerst bis nach Velletri, also bis an die Grenze der Pontinischen Sümpfe geführt werden. Sie wird Rom mit den Hügeln, welche vor dem Latinergebirge hingelagert sind, in Verbindung setzen, und dadurch namentlich den Sommeraufenthalt in der ewigen Stadt gar sehr verannehmlichen. Denn Frascati, Marino, Albano und Ariccia werden durch eine solche rasche Communicationslinie in Vorstädte verwandelt. Von besonders günstigem Einfluß aber wird sie auf die Cultur der Römischen Campagna sein, der man täglich frische Arbeiter wird von den Höhen aus zusenden können, ohne sie des Nachts den schädlichen Ausdünstungen der Niederungen aussetzen zu müssen. Sicherem Vernehmen nach sind alle Geschäftsverhältnisse bereits geordnet, und der Ausführung des gründlich, aber in aller Stille berathenen Planes scheint nichts mehr im Wege zu stehen.

Genua, den 12. Okt. Krieg ist, wie es scheint, jetzt die Losung auf Erden: ob nun ein Völkerkrieg oder ein Bürgerkrieg den allgemeinen Blutdurst stillen werde, muß die nächste Zukunft lehren. Einstweilen begnügt man sich hier mit einer Afterart des Krieges, dem Straßenraube, worüber von allen Orten und Enden die traurigsten Berichte und Klagen einlaufen. Noch lebt man hier in Fülle aller Lebensbedürfnisse, und die Witterung ist ununterbrochen lieblich und mild. Was steht zu befürchten wenn die eintretende Winterkälte Mangel und Brodlosigkeit herbeiführen wird, und die Verbrechen der Landstraßen sich in die Städte flüchten? Gott gebe daß noch vor jenem Termin dem unseligen Zustande der Ungewißheit und des Schwankens durch einen allgemeinen Frieden ein Ziel gesetzt werde!

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Sechsundachtzigste Sitzung, vom 26. Oktober.

Präsident Grabaw eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen, und ohne Erinnerung angenommen. — Mehrere Urlaubsgesuche werden stillschweigend bewilligt. — Hierauf wird dem Reglement gemäß nochmals über das inzwischen gedruckte Amendement der Abgeordneten Arntz, Kämpf und Schulze (Delitzsch) abgestimmt, und dasselbe fast einstimmig angenommen. — Demgemäß werden für die Berathung der Verfassungsurkunde: Montag, Dienstag und Mittwoch, für die übrigen Commissionsberichte Donnerstag, Freitag und Sonnabend bestimmt. Die Abendsitzungen werden Mittwoch und Freitag stattfinden, und zwar von der nächsten Woche an.

Man geht hierauf zur Tagesordnung über: zur Fortsetzung der Berathung des Entwurfs der Verfassungs-Urkunde. — Der Abg. Richter (Berent) zieht sein Amendement zurück; und es erfolgt nunmehr der Geschäftsordnung gemäß die Abstimmung über Artikel 1. in Verbindung mit dem Phillipsschen Amendement. Er lautet so: „Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet. Den Bewohnern des Großherzogthums Posen werden die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Posen mit dem preußischen Staat eingeräumten besondern Rechte gewährleistet. Ein gleichzeitig mit dieser Verfassungs-Urkunde zu erlassendes organisches Gesetz wird diese Rechte näher festsetzen.“ — Auf Antrag der Abg. Borchardt, Brill, v. Lisiecki, Scholz (Bunzlau), Tamnau findet namentliche Abstimmung statt. Der Abstimmung enthalten sich Gottlieb, Müller (Solingen) und Stiller. Während des Stimmzählens meldet sich der Abgeordnete Müller (Solingen), um mit Nein zu stimmen. Auf die Anfrage des Büreaus erklärt die Versammlung mit 184 gegen 155 Stimmen dies für unzulässig, nachdem vorher eine kurze, aber stürmische Debatte stattgefunden, welche den Abg. Gr. Cieszkowski zu der Ermahnung veranlaßt, die Versammlung möge bei einer so wichtigen, das Schicksal zweier großer Nationen betreffenden Frage kein ärgerliches Beispiel geben. — Ein neuer, mit großer Heftigkeit geführter Streit wird durch die Frage hervorgerufen, ob ein eben erst angekommener Abgeordneter, Rottels, bereits mitstimmen dürfe. — v. Berg bittet seine Freunde, sich zu beruhigen; wenn bei dieser Abstimmung unwürdige Mittel angewandt würden, werde das Land darüber richten. — Ueber diese Aeußerung entsteht großer Lärm auf der Rechten, die den Ordnungsruf verlangt. — Der Präsident erklärt die Bergsche Aeußerung für ordnungswidrig, v. Berg beruhigt sich dabei nicht, sondern verlangt die Entscheidung der Versammlung, welche auch vom Präsidenten eingeholt wird, und 170 Stimmen für, 172 gegen den Ordnungsruf ergiebt. — Der Präsident erklärt hierauf unter großer Aufregung, daß er nach diesem Beschlusse einen Ordnungsruf erlassen habe, der nicht reglementsmäßig gewesen, und ersucht den Vicepräsidenten Jonas, den Vorsitz zu übernehmen Darauf macht er von der Rednerbühne aus die persönliche Bemerkung: Ich habe die Versammlung in letzter Zeit bereits mehrmals aufgefordert, die Leidenschaften schweigen zu lassen, weil ich nicht wünsche, immer gleich den Ordnungsruf zu gebrauchen. Ich wünsche vielmehr, immer auf demselben Boden zu stehen mit dieser zur Vereinbarung der wichtigsten Staatsgesetze berufenen Versammlung, und daß wir uns untereinander auch immer vereinbaren mögen. Zu diesem Zweck glaubte ich durch Güte und Freundlichkeit besser zu gelangen, doch habe ich in den letzten Tagen mehrmals bemerkt, daß mein Ausspruch in der Minorität geblieben. Dies ist auch heut wieder der Fall gewesen, und da ich darin den Beweis zu sehen glaube, daß ich das Vertrauen der hohen Versammlung nicht mehr besitze, so lege ich hiermit mein Amt nieder, und überlasse es der Versammlung, einen andern Präsidenten zu wählen. (Ruf: Nein! Nein! von der Rechten und dem rechten Centrum.) — v. Berg bemerkt: er habe keineswegs behauptet, daß der Ordnungsruf reglementswidrig gewesen, sondern vielmehr nur, daß er auf einem Mißverständniß beruhe, da seiner Aeußerung eine freundlichere Auslegung hätte gegeben werden können. — Die Rechte verlangt hierauf unter großem Tumult namentliche Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufs, v. Berg zieht seinen Protest zurück, nichts destoweniger aber besteht man auf dem Namensaufruf. Die Linke verlangt, daß erst das Resultat der Hauptabstimmung über Artikel 1. der Verfassung bekannt gemacht werde, wofür auch Schriftführer Parrisius sich erklärt, die Rechte widerspricht aber, und erst nach vielen vergeblichen Anstrengungen gelingt es dem Vicepräsidenten Jonas den tobenden Lärm zu beruhigen, um den Namensaufruf veranlassen zu können. Bei diesem enthalten die Linke und das linke Centrum sich der Abstimmung, darunter namentlich auch die Abgeordneten Berends, Jung, Jakoby, Waldeck, und vom Centrum die Abgeordneten Haase, Mann und Wachsmuth; das übrige Centrum, das rechte Centrum und die Rechte stimmen mit Ja, darunter auch die Abg. Dielitz, Duncker, Jonas (Berlin), Märker, Knoblauch; der Abg. Bornemann war unter den Fehlenden. Als Resultat ergab sich, daß überhaupt 347 Abgeordnete anwesend gewesen; von diesen waren 2 betheiligt, 171 enthielten sich der Abstimmung und 174 stimmten mit Ja, so daß der Ordnungsruf des Präsidenten für gerechtfertigt erklärt ward.

Man kehrt hierauf zur Stimmzählung in Betreff der Abstimmung über Artikel 1. der Verfassungsurkunde zurück, inzwischen stimmen die Abg. Gierke, v. Unruh, und nachdem die Zulassung des Abg. Rottels von der Versammlung beschlossen worden, auch Dieser mit Nein. Das demnächst bekannt gemachte Resultat der Abstimmung ist: 181 stimmten mit Ja, 179 mit Nein, 39 fehlten, und 3 enthielten sich der Abstimmung, der Artikel 1. ist also mit dem Amendement Phillipps in obiger Fassung angenommen.

Man geht hierauf zur Abstimmung über die Eingangsformel zurück. v. Potworowski, Geßler und Temme ziehen ihre dazu gestellten Amendements zurück. Das Kefersteinsche Amendement, „dem Titel des Königs wieder 2c. 2c. zuzusetzen,“ wird verworfen.

Artikel 2. lautet: „Die Grenzen dieses Staatsgebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.“ — Es wird ohne Diskussion fast einstimmig angenommen.

Berichterstatter Pilet beginnt darauf mit Verlesung des Berichts der Centralabtheilung über den zweiten Titel des Entwurfs der Verfassungs-Urkunde (mit Ausschluß der die Kirche und Schule betreffenden Artikel).

Die Ueberschrift: „Von den Rechten der Preußen“ ist von allen Abtheilungen und allen Mitgliedern der Centralabtheilung einstimmig statt der Fassung des Regierungsentwurfs „Von den Rechten der Preußischen Staatsbürger“ angenommen worden, weil zwischen staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechten ein Unterschied besteht, und dieser Titel beide Arten umfaßt. — Die Ueberschrift wird ohne Diskussion angenommen.

Artikel 3. lautet: „Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen, und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.“ Sämmtliche Amendements werden verworfen und der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Man kommt hierauf zur Berathung von Art. 4. Pilet liest den Kommissionsbericht. Nach dem Entwurfe der Verfassungs-Kommission lautete Art. 4.: Es giebt im Staate weder Standes-Unterschiede noch Standes-Vorrechte. Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Der Adel ist abgeschafft. — Die Centralkommission hat die Fassung dahin abgeändert: Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Es giebt im Staate weder Standesunterschiede noch einen besonderen Adelsstand. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigte gleich zugänglich. — Der Hauptgrundsatz der Gleichheit wurde sogleich an die Spitze

gestellt. Das preußische Volk ist nicht ein Conglomerat verschiedener Stände, sondern ein einiges Volk Gleichberechtigter. Bei Aufhebung der Standesunterschiede gaben sich in der Kommission Bedenken über die mediatisirten Fürsten kund; besonders machte das Ministerium dieselben dort geltend. Die exceptionelle Stellung dieser Fürsten ist durch die Bundesacte und durch die Wiener Schlußacte festgestellt, durch staatsrechtliche Verträge, welche selbst von auswärtigen Mächten garantirt sind. Es entstand die Frage, ob nicht die Frankfurter Versammlung hierüber allein competent und ein Vorbehalt in diesem Sinne einzuschalten sei. Die Commission entschied sich jedoch dafür, daß der allgemeine Vorbehalt in Art. 107, welcher das Verhältniß zur künftigen Reichsverfassung betrifft, hier genüge. Die Frage sei wesentlich eine innere des preußischen Staates, und die ganze Verfassung würde nur Stückwerk bleiben, wenn die mediatisirten Fürsten ihre Vorrechte in Betreff der Patrimonialgerichte, der Steuerbefreiungen u. s. w. behalten sollten. Ihre ganze Stellung ist unvereinbar mit dem neuen öffentlichen Rechtszustande, die Revolution trifft sie zugleich mit allen übrigen bisher Bevorzugten. Was die Garantie durch auswärtige Mächte betrifft, so haben diese sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht zu mischen. — Was den Adel betrifft, so hat die Commission den Antrag der Verfassungscommission modificirt. Hieß es dort: der Adel ist abgeschafft, so ist jetzt zu dem Satze: es giebt im Staate weder Standes-Unterschied noch Standesvorrechte, hinzugefügt worden: noch einen besonderen Adelstand. Dies von dem Abg. Jacoby gestellte Amendement ist mit 5 gegen 3 Stimmen angenommen worden. Die ursprüngliche Bestimmung erschien hier unklar. Will man eine gänzliche Abschaffung der Adelstitel wirklich durchführen, so müßte ihr Gebrauch geradezu verboten und mit Strafe bedroht werden. Will man dies nicht, so muß die Verfassung sich darauf beschränken, den Grundsatz der Standesgleichheit einfach auf den Adel anzuwenden. Die Commission hat sich für den letzteren Weg entschieden. Sie verkannte nicht, daß der fortgesetzte Gebrauch der Adelstitel faktisch gegen den Grundsatz der bürgerlichen Gleichheit verstoße, daß derselbe die Erinnerung an die früher damit verbundenen Vorrechte fortwährend auffrische, und daß diese Erinnerung in der Brust Vieler unwillkührlich die Sehnsucht nach deren Wiederherstellung unterhalte. Gleichwohl war man einstimmig der Ansicht, daß die Abschaffung der Sitte überlassen werden müsse, und nicht von dem Gesetzgeber auszusprechen sei. Können die Adels-Prädicate ferner im Staate nichts weiter als Titel sein, so ist deren Gebrauch fortan im Wesentlichen nur eine Sache der Höflichkeit. Die Formen auf diesem Gebiete zu regeln, und mit dem neuen staatlichen Leben und der politischen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Einklang zu setzen, fällt dem Gebiete der Sitte anheim. Wollte man ein gesetzliches Verbot hinstellen, und es stellte sich heraus, daß jetzt die Neigung, sich des Gebrauchs adliger Prädikate zu enthalten, noch nicht im Volke vorherrscht, so würden die Uebertretungen so zahlreich sein, daß eine Verfolgung derselben eben so schwer ausführbar, als gehässig sein müßte. Die Sitte würde dann auf ihrem Gebiete mächtiger sein, als das Gesetz. Dagegen erkannte auch die Central-Commission es als nothwendig an, dem allgemeinen Volksbewußtsein über die Bedeutungslosigkeit des Adels Rechnung zu tragen, und dieselbe ausdrücklich in der Verfassung auszusprechen. Wenn gesagt ist, daß es im Staate keinen besondern Adelsstand giebt, so folgt hieraus von selbst, daß darnach zwar einerseits der Gebrauch adliger Prädikate nicht untersagt ist, andererseits aber der Adel fortan weder verliehen werden kann, weil dies die Erhebung in einem nicht mehr vorhandenen Stande sein würde, noch auch aberkannt werden darf, weil darin die Ausstoßung aus einem nicht mehr vorhandenen Stande liegen würde, und endlich, daß die willkürliche Belegung adliger Prädikate (Anmaßung des Adels) einem Strafgesetz nicht mehr unterliegen kann. — Nach Vorgang der Frankfurter Grundrechte ist ferner der Zusatz beigefügt: Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Nach Verlesung des Berichts werden folgende Amendements eingebracht Jung: Zusatz: Orden, so wie Titel, welche nicht blos das Amt bezeichnen, können nicht mehr ertheilt werden. Borchardt und Matthaei: Der Gebrauch adliger Titel und Prädicate in öffentlichen Urkunden ist untersagt. Berends: Der Adel ist abgeschafft. v. Lisiecke: Der Adel und alle damit verbundenen Titel und Prädicate sind abgeschafft. Sommer: Noch einen besondern Adelsstand mit politischen Vorrechten. Die Diskussion wird bis nächsten Montag ausgesetzt. Zuletzt wird noch ein Schreiben des Präsidenten Grabow verlesen, in welchem er um einen vierwöchentlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit und um Einberufung seines Stellvertreters ersucht. Der Urlaub ist von ihm bereits angetreten worden. Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Berliner Börse.

Den 27. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{4}$	$73\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$91\frac{3}{4}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{4}$
Grossh. Posener "	4	—	$94\frac{1}{2}$
" "	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{7}{8}$	$77\frac{3}{8}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$86\frac{1}{2}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{8}$	$89\frac{5}{8}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{4}$	$88\frac{3}{4}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	$85\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$13\frac{1}{8}$	$12\frac{5}{8}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	83
" Prioritäts-	4	84	—
Berlin-Hamburger	4	63	—
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$88\frac{7}{8}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	53	$53\frac{1}{4}$
" " Prior. A. B.	4	—	$77\frac{3}{4}$
" " "	5	87	—
Berlin-Stettiner	4	—	$86\frac{3}{4}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	74
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	89	$88\frac{3}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	$102\frac{1}{2}$
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$68\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	4	$82\frac{1}{4}$	—
" "	5	—	$93\frac{1}{2}$
" " III. Serie	5	—	$88\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	$67\frac{1}{4}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	51	$50\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	4	—	$66\frac{1}{2}$

(Mit zwei Beilagen.)

Inland.

♁ Aus dem Schildberger Kreise, den 25. Oktober. Der Polnische Landmann wird seit den Tagen der Bewegung durch den Adel und die Geistlichkeit methodisch fanatisirt, und man muß gespannt sein, was für einen Ausgang dieses Treiben noch nehmen wird. Der Bauer ist leider noch nicht so weit, daß er sich selbst für eine oder die andere Ansicht im Leben überhaupt, und besonders in der Politik, bestimmen könnte, und noch weniger befähigt, darnach konsequent zu handeln. Er vermag auch nicht zu unterscheiden, ob die täglich sich wiederholenden Zuflüsterungen wahr oder wenigstens wahrscheinlich sind. Mit der größten Ruhe hört er das unsinnigste Geschwätz an, ja er ist im Stande, über die unverschämtesten Lügen und größten Abgeschmacktheiten Thränen zu vergießen und sich daran zu erbauen, wenn er sie nämlich von einer gewissen Stelle her vernimmt. Besonders sind es die Weiber, die durch Bombast und Phrasen leicht bestochen werden und dann ihre Gefühle bei den Männern geltend zu machen wissen. — Jetzt ist es vornehmlich die Liga polska, mit welcher der arme Bauer förmlich gemartert wird: Fast jeden Sonntag hört er über die Gottgefälligen Bestrebungen dieses Vereins die süßesten Worte; hinterher kommt dann eine freundliche Aufforderung und seelsorgerliche Ermahnung zum Beitritt durch Unterschrift, womit freilich die damit verbundene Verpflichtung zu Beiträgen ein wenig abschrecken. Ein anderes Mal wird dem Aermsten wieder hart zugesetzt, von Deutschen und Juden sich fern zu halten, denn sie seien nicht Menschen, sondern wilden Thieren gleich zu achten. Eben so verbietet man auch den Polnischen Gastwirthen, Deutschen Reisenden Etwas zu verabreichen, wie dies am 9ten d. Mts. in Jarocin in der Brzyskischen Oberza krakowska sich ereignete. Oder man fängt an, wie neuerdings hier und da geschehen, mit den Deutschen schön zu thun, in der schlauen Absicht, sie dadurch allmälig zu polonisiren und schimpft nur auf die Kinder Mosis; — man schmäht Deutsche Schulen und Lehrer, und wenn man die Ursachen dazu auch vom Zaune brechen sollte; — man warnt Deutsche, weil sie katholisch sind und man es also für eine ausgemachte Sache hält, sie müßten Polen sein, mit evangelisch Deutschen umzugehen; man schilt die eigenen Brüder, daß sie so gewissenlos waren, in dem Preußischen Waffenrocke für ein Stück Commisbrodt gegen die Ihrigen zu kämpfen, wie am 22. d. Mts. in Schildberg gepredigt wurde. Dies Drama spielt durch die ganze Provinz und gewiß hier und da in noch grellern Farben, als wir zu schildern vermochten. Durch diesen Wirrwarr laufen auch noch ferner mancherlei Andeutungen und Vorspiele zu Galizischen Scenen, wovon wir hinreichende Züge mitzutheilen vermöchten. An eine Beruhigung und Glättung der hiesigen Zustände ist noch lange nicht zu denken.

☐ Berlin, den 27. Okt. Berlin ist ganz Ohr, ganz Auge, zu hören und zu lesen von dem blutigen Geschick der Schwesterstadt Wien. Von rein natürlichem Interesse, wie es an große in noch so weite Ferne gerückte Ereignisse sich zu knüpfen pflegt, wird man wenig gewahr; die Parteileidenschaft ist es, die hüben und drüben die Theilnahme stachelt und aus den gierig aufgenommenen Berichten bald ängstliche Besorgnisse, bald freudige Hoffnung empfängt. Alle sind sich mit vollem Rechte bewußt, daß unser Kampf auch dert gekämpft wird, und daß, wie auch die Würfel an der Donau fallen mögen, die Entscheidung jedenfalls in die hiesigen Verhältnisse tief eingreifen werde. Natürlich ist es unter solchen Umständen, daß der Gedanke an die bevorstehende Belagerung Berlins den Köpfen viel zu thun giebt. „Berlin muß verproviantirt werden" lauten seit einigen Tagen die gellenden Rufe unserer fliegenden Buchhändler, die ein Flugblatt von Held feilbieten, in welchem die Berliner aufgefordert werden, sich auf vier Wochen mit Kartoffeln, Erbsen und Pökelfleisch zu versorgen. Nebenher gesagt, ist und bleibt Held ein zweideutiger Mensch; selbst in dieser Ansprache steht eine verfängliche und der zur Schau getragenen Absicht widerstreitende Stelle, in welcher der Verfasser für gut findet, die Eßwaarenhändler mit einem Hinweis auf die „Ehrenhaftigkeit" des Berliner Proletariats ausdrücklich über die Möglichkeit zu beruhigen, daß die anzusammelnden Vorräthe bei eingetretener Belagerung von den niederen Klassen „geplündert" werden könnten; es gehört sonst nicht gerade zu den Mitteln der Ueberredung, die Held im Uebrigen recht gut zu handhaben versteht, erst geflissentlich auf entgegenstehende Gefahren die Aufmerksamkeit zu lenken und dann mit Garantieen, wie die bei den Brodtkrawallen genugsam erprobte Ehrenhaftigkeit des Berliner Pöbels eine ist, zu ermuthigen, es sei denn, daß Vorgeben und wahre Absicht sich diametral entgegenstehen. Die allgemeine Belagerungsphantasie war auch gestern wieder Ursache zu einem Auflauf vor dem Zeughause, wo gegen die Abfahrt eines mit Kriegsmaterial beladenen Kahnes so lange protestirt wurde, bis die requirirte Bürgerwehr dem Fahrzeug Hülfe leistete. — Der gestern hier „zusammengetretene" (fiat) demokratische Congreß ist zufolge der vielen Knaben und Jünglinge, die seine Bänke füllen, sehr jugendlich stürmisch das erste Mal aufgetreten; die Gäste sollen die präsentirten auswärtigen Saucen, nach den Kraftbrühen unserer Clubs ziemlich unschmackhaft gefunden haben. — So eben wird mir aus einem Privatbriefe die Nachricht mitgetheilt, daß die Leopoldstadt Wiens sich bereits in der Gewalt der K. K. Truppen befindet.

△ Berlin, den 27. Okt. Der Congreß der Demokraten Deutschlands ist gestern hierselbst eröffnet worden. Die Sitzungen finden in dem großen Saale des Englischen Hauses statt. Es werden Karten zu dem kleinen Zuhörerraume ausgegeben, indeß ist man sehr vorsichtig mit Vertheilung dieser Karten und sucht sie nur an Männer von „bewährter demokratischer Gesinnung" zu geben, so daß die Sitzungen den Charakter der sehr bedingten Oeffentlichkeit haben. Gestern indeß bekam Niemand Zutritt, da man den ganzen Tag mit rein inneren Angelegenheiten sich beschäftigte, Personalien und Prüfung der Vollmachten. Die Besprechung wegen der Zulassung von Held soll unverhältnißmäßig viel Zeit gebraucht haben und endete mit seiner Zulassung. Die Zahl sämmtlicher Deputirten, die anfänglich mit gewohnter Uebertreibung auf 600, ja gar 800 angegeben war, soll sich auf 180 belaufen. Mehrere Wiener sollen darunter sein. — Zitz und Wesendonk aus Frankfurt a. M. sind auch hier. — Auch der Bürgerwehr-Club, der allmählig ebenfalls sehr links geworden ist, protestirt jetzt gegen den Dank, den der König der Bürgerwehr ausgesprochen.

Berlin, den 27. Oktober. Der Präsident Grabow hat einen vierwöchentlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit genommen, um jeder Wiederwahl aus dem Wege zu gehen.

— Der Abg. Riebe, der gestern durch Aenderung seines Votums in der Polenfrage zu leidenschaftlichen persönlichen Erörterungen in der Nationalversammlung Anlaß gab, soll heute Platz auf der Linken genommen haben. (Die Einschüchterung wirkt!)

— Der Congreß der Deutschen Demokraten hat sich in einer vorbereitenden Sitzung im Englischen Hause gestern konstituirt. Zum Präsidenten ist Herr Georg Fein gewählt worden; zu Vicepräsidenten die Herren Asch aus Breslau und Bayrhofer aus Marburg; nächstdem vier Sekretaire. Man kam überein, sich der Anreden Bürger, als Bürger-Präsident ꝛc., in Nachahmung Frankreichs, zu bedienen. Demnächst wurden die Legitimationen geprüft und die nächste Sitzung um 3 Uhr anberaumt.

Breslau, den 26. Oktober. (Schles. Z.) Obwohl wir aus guter Quelle wissen, daß mit dem heutigen Nachmittagszuge keine Passagiere direkt von Wien oder überhaupt aus Oesterreich hier angelangt sein können, so wollen wir im Interesse der Leser doch nicht das verschweigen, was uns ein Reisender aus Ungarn, der gestern Nachmittag Angern verlassen haben will, uns erzählt hat. Seiner Mittheilung zufolge wird Wien seit vorgestern und bis zu seiner Abfahrt ununterbrochen bombardirt, während von dem Volke das Kanonenfeuer zwar erwiedert werde, aber keinen bedeutenden Schaden anrichte, da die Wiener nicht auf die gehörige Bedienung der Geschütze eingerichtet seien. Gestern sollen die Wiener Jäger unter Anführung des Generals Bem einen zweiten Ausfall unternommen haben, derselbe jedoch nicht geglückt sein. Die Jäger mußten der Uebermacht weichen und Bem gab Befehl zum schleunigsten Rückzuge. Die Jäger leisteten dieser Ordre Folge und zogen sich mit Zurücklassung ihrer Gewehre in die Stadt zurück. Aus einem Hause der Vorstadt soll hierbei ein Schuß auf sie gefallen sein; die stark erbitterten Jäger drangen in das Haus, fanden dort acht Mann und deren Gewehre versteckt, und tödteten diese sämmtlich. — Derselbe Reisende berichtete auch, daß die Ungarn bereits 7000 Mann stark bei Schwechat ständen und heute unbedingt vor Wien anlangen würden. Diese Mittheilung steht mit unseren letzten direkten Meldungen aus Preßburg, denen wir vollen Glauben schenken dürfen, im Widerspruch. — Windischgrätz erhält noch täglich neue Verstärkungen, und seine Armee soll bereits bis auf 70,000 Mann angewachsen, jedoch nicht ganz zuverlässig sein, da bereits sehr viele Soldaten zu den Wienern übergegangen sind.

Abends 10 Uhr. Soeben geht uns noch folgende Proklamation zu: „In Verfolg des von mir in meiner ersten Proklamation vom 20. d. M. verkündeten Belagerungszustandes und Standrechtes für die Stadt Wien, die Vorstädte und die nächste Umgebung habe ich befunden, als fernere Bedingungen zu stellen: 1) Die Stadt Wien, Vorstädte und nächste Umgebungen haben 48 Stunden nach Erhaltung dieser Proklamation ihre Unterwerfung auszusprechen und legions- oder kompagnieweise die Waffen an einen zu bestimmenden Ort an eine Commission abzuliefern, sowie alle nicht in die Nationalgarde eingereihten Individuen zu entwaffnen, mit Bezeichnung der Waffen, welche Privat-Eigenthum sind. 2) Alle bewaffneten Corps und die Studenten-Legionen werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geißeln gestellt. 3) Mehrere von Mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern. 4) Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der Wiener Zeitung, die sich bloß auf offizielle Mittheilungen zu beschränken hat. 5) Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthalts namhaft zu machen; die Paßlosen zu alsogleicher Ausweisung anzuzeigen. 6) Alle Clubs bleiben während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen. 7) Ein Jeder, der sich: a. obigen Maßregeln, entweder durch eigene That, oder durch aufwieglerische Versuche, bei andern widersetzt, wer b. des Aufruhrs oder der Theilnahme an demselben überwiesen oder wer c. mit Waffen in der Hand ergriffen wird, verfällt der standrechtlichen Behandlung. Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Proklamation einzutreten, widrigenfalls Ich Mich gezwungen sehen werde, die aller energischesten Maßregeln zu ergreifen, um die Stadt zu unterwerfen und zu zwingen. Haupt-Quartier Hetzendorf, den 23. Oktober 1848. (gez.) Fürst Windischgrätz, Feldmarschall."

— Noch ist Aussicht vorhanden, daß in Wien der blutige Kampf vermieden werden wird. Die Reichskommissaire Welcker und Mosle, welche vor ihrer Abreise nach Olmütz nicht nur an den Reichstag Worte des Friedens, sondern auch an den Fürsten Windischgrätz eine versöhnliche Ansprache richteten, haben in Olmütz bereits das Friedenswerk begonnen. Beide Parteien stehen sich inzwischen kampfgerüstet und der Stunde der Entscheidung harrend gegenüber; Plänkeleien und Vorpostengefechte finden fast stündlich statt, daher auch öfter von einzelnen Punkten her Kanonendonner und Kleingewehrfeuer vernommen wird. Die Weisung Wessenbergs, die er als Minister-Präsident der vom Kaiser nicht empfangenen Deputation des Wiener Gemeinde-Raths gab, daß derselbe mit Windischgrätz unterhandeln solle, ist unbeachtet geblieben, und auch der Reichstag besteht auf seinen Rechten. Die bewaffnete Macht Wiens ist durch viele Ueberläufer aus den Kaiserl. Lagern verstärkt worden. Die hier und da verbreiteten Gerüchte, daß Wien bombardirt werde, scheinen sich nicht zu bestätigen.

Frankfurt a. M., den 24. Okt. Auf eine von dem Abgeordneten Sänger an den Reichsminister v. Schmerling gerichtete Interpellation in Betreff der Posener Angelegenheit erwiederte derselbe: Auf die Anfrage des Abgeordneten Sänger

ist dem hohen Hause bekannt zu machen, daß als Reichskommissair für diese Angelegenheit, nämlich zur Ermittelung der zukünftigen Deutschen Grenze im Großh. Posen, der Hessische General Schäfer bereits bestellt ist und daß dieser sich auch erklärt hat, das Amt zu übernehmen. Der Beginn seiner Wirksamkeit hängt nur davon ab, daß das Reichsministerium von Berlin die Mittheilung erhalte, daß sämmtliche auf diese Angelegenheit bezügliche Materialen geordnet sind.

Innsbruck, den 16. Okt. (Frankf. J.) Heute ist hier folgende Proklamation erschienen: „Liebe Landsleute aus Tyrol und Vorarlberg! Der Kaiser ist aus der Burg seiner Väter geflohen. Er hat seine Hauptstadt verlassen, deren Straßen Aufruhr und Mord mit Bürgerblut befleckte, wo Verbrecher-Rotten seinen Minister erwürgten und Vereine, die nur durch den Umsturz alles Bestehenden sich die Herrschaft zu erringen trachten, durch Bestechung und Verführung einen großen Theil der Volksmassen für sich gewonnen und bewaffnet haben. Unter solchen Einflüssen kann auch der Reichstag nicht mehr frei berathen. Die Gewalt ist übergegangen in die Hände von Menschen, welche die Freiheit im Munde führen, aber schrankenlose Tyrannei üben. Ihr letztes Ziel ist die Auflösung aller Bande der Gesetze und die Zertrümmerung der Monarchie, um aus den Ueberresten eine Republik zu gründen. . . . . . Der ständige Landtags-Ausschuß hält es für seine Pflicht, in dieser schwierigen Zeit die Landesvertretung einzuberufen und im Einklange mit den Behörden einstweilen jene Maßregeln zu treffen, welche die Noth des Augenblickes erheischt, zugleich aber auch eine Deputation an Se. Maj. den Kaiser zu entsenden. Zu diesem Zwecke wird gleichzeitig der vertagte Landtag einberufen und derselbe mit stimmberechtigten Vertrauensmännern nach der Volkszahl verstärkt werden, damit die Volksvertretung auf diese Weise eingeleitet, die Verbindung Vorarlbergs mit Tyrol in ständischer Beziehung angebahnt und das beklagenswerthe Zerwürfniß mit unseren Brüdern in Wälschtyrol gehoben werde. Landsleute! Wir rechnen auf Eure Liebe zum Kaiser, auf Eure bisher unerschütterte Treue, auf Euren bewährten Rechtssinn, auf Eure Mitwirkung zur Erhaltung des Friedens und der Ordnung, die uns bisher beglückten. Lasset es uns aussprechen vor den Provinzen Oesterreichs, Deutschland und Europa, was wir wollen! Wir wollen den Fortbestand der constitutionellen Monarchie, wir erkennen in ihr den Hort der Rettung aus den Stürmen der Gegenwart. Wir wollen die Erhaltung des Kaiserstaates und die uralte Verbindung seiner Völker durch die geheiligte Person des Monarchen. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Völkerstämme des Kaiserstaates; keine Nation unterdrücke die andere, sondern stehe brüderlich vereint zum Völkerbunde. Wir wollen als Deutsche Provinz enge Verknüpfung mit Deutschland und seiner Centralgewalt, an deren Spitze, durch des Volkes Stimme gerufen, unser alter Freund aus dem Kaiserhause, der Erzherzog Johann, steht. Wir wollen die unverkümmerte Freiheit, wie sie uns durch das Wort des Kaisers verbürgt ist, aber wir wollen sie gebaut auf die Grundvesten des Rechtes und der Achtung vor dem Gesetze, weil ohne sie keine Freiheit denkbar ist. Wir wollen die Aufrechthaltung unserer provinziellen Selbstständigkeit, sie ist das Erbtheil eines Jahrtausends, das kostbare Vermächtniß der Väter, das kein Volk ohne Selbstmord opfern kann; für sie stehen wir, wie jemals, Mann an Mann . . . . . Treten wir entgegen den Wühlern, denen kein Mittel zu schlecht ist zur Erreichung ihrer schmachvollen Zwecke; die unter dem Vorwande der Volksbeglückung Gesetzlosigkeit und Anarchie wollen, um aus dem Schiffbruche Eurer Güter ihr Glück zu erbauen. Laßt uns Muth fassen in dieser dunklen Zeit, denn Muth und Zuversicht, das Recht und die Gesetze zu wahren, sind mit Gottes Hülfe Rettungs-Anker. Gehen wir, liebe Landsleute, entschlossen auf dieser Bahn, und glauben wir fest und sicher, daß uns diese Sterne leiten werden durch die schwarze Gewitternacht, bis der Tag des Friedens und der Freiheit anbricht, der uns lohnen wird für die muthige Ausdauer.

Innsbruck, den 16. Oktober 1848.

Benz, K. K. Gubernial-Vicepräsident.

Wolkenstein, Präsident des Tyrol. Landtages.

Joseph Tuvora, selbst ein Demokrat, hat sich in „der Presse" vom 22. d. M. feierlich von der radikalen Partei in Wien losgesagt. Er sagt: „Der Streich der radikalen Partei in Wien war ein Verzweiflungsstreich; sie wird ihn schwer und bitter büßen. Der edle Deutsche kann keiner Partei Freund sein, die frevelnd ihre Hände in Blut taucht. Habe ich früher geirrt, so freue ich mich des reinen Bewußtseins, zu den letzten furchtbaren Ereignissen nicht nur nichts beigetragen, sondern selbst abwehrend gewirkt zu haben."

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Posen, den 28. Oktober. Der demokratisch-constitutionelle Club hat nachstehende Adesse an das Volk von Wien zu Händen des National-Garden-Ober-Kommandanten Messenhauser abgehen lassen: „Brüder! Kaum sind die März-Stürme über unser deutsches Vaterland dahin gegangen, kaum tagt das Morgenroth der jungen Freiheit, für die Ihr damals als wackere Vorkämpfer gestritten — und schon drohen neue Gefahren, die zarten Blüthen im Keime zu ersticken. Aber wieder die Ersten habt Ihr Euch hingestellt als Wächter dieses schwer errungenen Gutes, wieder seid Ihr es, die mit todesmuthiger Hingebung sich erhoben haben, gegen jene Parthei, welche ihre volksfeindlichen Plane im Bunde mit dem Slaventhum zu kräftigen sucht, Eure, unsere, die Freiheit von ganz Deutschland zu beschirmen.

Von überall, wo deutscher Männer Herzen warm für dieses Kleinod schlagen, schallt Euch der laute Dank entgegen. Nehmt auch aus dem Norden Deutschlands (den östlichsten Marken des Vaterlandes) von uns den Ruf entgegen: Dank, Brüder! Dank.

Wie auch die Würfel fallen mögen — nicht verloren ist Euer Heldenmuth — nicht sieglos Euer Kampf! Deutschland sieht auf Euch, — Euer Beispiel wird seine Söhne führen! Euer Lohn ist der Freiheit Sieg — ist die glorreiche Zukunft des freien, des einigen Vaterlandes.

Posen, den 24. Oktober 1848.

Der konstitutionelle Club.

Crousaz, z. Z. Sprecher. Vanselow, z. Z. Schriftführer."

Cholera.

Posen, den 28. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 18 Personen, gestorben 5.

Marktbericht. Posen, den 27. Oktober.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß)

Weizen 1 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Roggen — Rtlr. 27 Sgr. 9 Pf., auch 1 Rtlr. — Sg. — Pf.; Gerste 27 Sgr. 9 Pf. auch — Rtl. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 16 Sgr. — Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 27 Sgr. 9 Pf., auch — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 1 Pf., auch 8 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 pf. auch 20 Sgr.; Stroh, das Schock 3 Rthlr. 15 Sgr., auch 4 Rtl. — Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 20 Sgr., auch 1 Rtlr. 25 Sgr.

Am 27. d. M. Nachmittags $3\frac{3}{4}$ Uhr hat mir die schreckliche Cholera das Theuerste was ich hatte, meine Gattin, Anicla geb. v. Chosłowska, entrissen. Dies Verwandten und Freunden anzeigend, bitte ich um stille Theilnahme. Die Beerdigung findet am 29. d. M. Nachmittags 4 Uhr statt.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Carl Thiel,
Kriminalrath und Landschafts-Syndikus.

Zur Sicherstellung der Verpflegung der Kranken im hiesigen Garnison-Lazareth pro 1849 im Wege der Licitation, haben wir einen Termin auf den

9ten November c. Vormittags 10 Uhr

in unserm Geschäftszimmer angesetzt, wozu qualificirte und kautionsfähige Unternehmer ergebenst eingeladen werden.

Die specielle Uebersicht der zur Verdingung kommenden Gegenstände, so wie die Bedingungen können täglich von 9 Uhr Vor- bis 5 Uhr Nachmittag bei uns eingesehen werden.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Die Lazareth-Commission.
